

Regierungserwiderung Joachim Streit

Fraktionsvorsitzender FREIE WÄHLER, 17. Juni 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,  
 sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,  
 liebe Kolleginnen und Kollegen,  
 meine Damen und Herren.

Gestern haben wir die Regierungserklärung der MP vernommen.

Grundlage der Regierungserklärung der MP ist der Koalitionsvertrag

Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen

- Für eine Regierung, die 5 Jahre schon zu Gange ist, ein eigenartiger Titel
- Schaut man sich die 185 Seiten an ist dies mehr ein Sammelsurium – und wenn ich es nett formulieren möchte – ein Potpourri
- Ein Werk, das weniger Visionen enthält als eine enumerative Auflistung von Details
- Wenn jemand nicht in der Lage ist, ein Opus Magnum zu schreiben, weil er es nicht kann, erzählt er einfach, was er gemacht hat
- So findet sich erstaunlich wenig, was in den Jahren 2021-2026 passieren soll
- Vielmehr sind die Jahre 2030, 2035, 2040 genannt
- Jahre, in denen es diese Regierung nicht mehr geben wird
- So fühle ich mich beim Studium auch eher an Bücher meiner Jugend erinnert, die mit drei FRAGEZEICHEN betitelt waren
- Der Unterschied zum vorliegenden Koalitionsvertrag und der Regierungserklärung ist, dass sie spannend waren und auch ein Ergebnis, eine Lösung hatten, die die Protagonisten noch erlebten
- 3 ??? – SPD-GRÜNE-FDP

### Der größte Skandal: Die Verfassungswidrigkeit der kommunalen Finanzausstattung

- Mit der Abschaffung der Bedarfszuweisungen in den Nuller Jahren begann die Misere der finanzschwachen Kommunen
- Flankiert wurde das durch ein nicht angewandtes Konnexitätsprinzip und einen chronisch schlechten Finanzausgleich
- Zuständig in der Regierung in den letzten 20 Jahren – immer die SPD
- Nach der Ouvertüre der Nuller Jahre stiegen die Liquiditätskredite bis zum Ende des ersten Jahrzehnts auf 5 Milliarden Euro
- Der Kommunale Entschuldungsfond wurde geboren
- Leider war er rückwärtsgewandt und schaute nur auf Gewesenes, nicht auf Kommendes
- Das Malbergweich-Urteil war die Bestätigung der Katastrophe, führte aber nicht zu einer Katharsis, zu einer Bereinigung, sondern lediglich zu einem „Wir machen´s einfach –weiter so!“

- Das neuerliche Urteil 2020 bestätigte dies und ist der eigentliche Skandal
  - Die Finanzminister in dieser Zeit: Gernot Mittler, Ingolf Deubel, Carsten Kühl und Doris Ahnen (2014)
  - Und was die Umstellung vom Verbundquotenmodell auf einen bedarfsorientierten Ansatz beim neuen KFA betrifft, möchten wir schon jetzt klare Worte an die Finanzministerin richten: Die Kommunalaufsicht der ADD ist schon unterwegs in den Städten wie Kaiserslautern und verlangt Grundsteuererhöhungen. Wir FREIE WÄHLER sehen das Land in der Bringschuld und erwarten, dass erst einmal das Land seine Pläne eines neuen kommunalen Finanzausgleichs präsentiert, bevor die ADD die Kommunen zu Steuererhöhungen zwingt. Denn maßgeblich ist der aktuelle Finanzbedarf der Kommunen auf Grundlage der aktuellen Einnahmen und Ausgaben, nicht der fiktive Finanzbedarf auf Grundlage erzwungener Steuererhöhungen!
  - Der Verfassungsgerichtshof trifft mit der Verfassungswidrigkeit der Kommunalen Finanzausstattung aber nicht nur die Finanzministerin, sondern auch den Kommunalminister
  - Und letztlich frage ich mich: Wo ist das Wächteramt, das dem Justizminister zukommt, über die Rechtmäßigkeit in Rheinland-Pfalz und auch als Regierungspartner zu wachen?
  - Drei Minister – drei Fragezeichen
  - Die Ergebnisse einer Koalition werden immer von den Koalitionären getragen, wie es auf Seite 183 des Vertrags steht.
  - Ich hätte mir erwartet, dass der Koalitionsausschuss von SPD/Grüne und SPD/Grüne/FDP in den Jahren 2012 – 2020 etwas gegen die Verfassungswidrigkeit des Kommunalen Finanzausgleichs getan hätte.
- Viele von Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sind in Kommunalparlamenten, sind Ortsbürgermeister, Beigeordnete, in Gemeinden, Verbandsgemeinden, Stadträten und Kreistagen.

Kommen wir wieder zum Koalitionsvertrag und seinen 185 Seiten.

Der wesentliche Satz des ganzen Koalitionsvertrages steht auf Seite 174:

„Angesichts der unsicheren Haushaltslage stehen alle in diesem Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben unter einem Finanzierungsvorbehalt.“

Das heißt, die Ziele, die für die nächsten fünf Jahre formuliert werden, sind keine verbindlichen Ziele.

Wissen Sie, wie oft die nächsten Jahre des Koalitionsvertrages mit verbindlichen, selbstbestimmten Zielen darin erwähnt werden?

- 2022: lernmittelfreie Schüler sollen ein Endgerät kostenlos ausleihen können; Photovoltaikpflicht für 50 Stellplätze
- 2023: werden noch bis zum Jahr 2023 Corona bedingte investive Ausgaben leisten
- 2024: 10.000 Polizeibeamte zu erreichen (wir sind für 11.000)
- 2025: um ausschließlich ökologische Bewirtschaftung zu erreichen; Umsetzung der E-Akte in der Justiz
- 2026: sieben Pendlerradrouen sollen in Bau oder fertiggestellt sein

**Da fragt es sich, wann können wir wirklich mit der Umsetzung des Koalitionsvertrages rechnen?  
 Ich komme an späterer Stelle darauf zurück.**

Wie Sie vielleicht wissen bin ich der **Blaulichtfamilie** zugetan und ich habe zu meinem 40. Geburtstag eine Feuerwehr-Stiftung gegründet.

Sehr gefreut habe ich mich über die SGK, die kommunalpolitische Vereinigung der SPD und ihren Vorschlag einer Feuerwehrrente für ehrenamtlich tätige Feuerwehrleute. Im Koalitionsvertrag habe ich dazu nichts mehr gefunden, auch in der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin nichts.

So gewinnt man auch Wahlen, man gibt etwas vor.

Und nach den Wahlen? 51.000 FW-Leute schauen in die Röhre und 2250 FFW in ganz Rheinland-Pfalz bangen um Nachwuchs.

Da sind sie wieder die Fragezeichen.

Der Koalitionsvertrag beginnt bedeutungsschwer mit dem Hinweis, wir befinden uns in einem „**Veränderungsjahrzehnt**“.

Nun, jedes Jahrzehnt hat Veränderungen mit sich gebracht. Die Nuller Jahre mit 9/11, der Aktien- und Immobilienblase, die in der Finanzkrise des Jahres 2008 mündeten. Die Zehner Jahre mit der Griechenlandkrise, der Nullzinspolitik und der Flüchtlingswelle.

**Antworten auf die Coronakrise des Jahres 2020 findet man zu wenig.**

Es hat den Anschein, dass eines klar ist, die Jugend, die den Klimaschutz auf die Straße brachte, hat das Ordnungssystem der Politik kräftig ins Wanken gebracht.

So wichtig das Thema auch ist, fühlt es sich **falsch an, dem Umweltschutzministerium nur den Klimaschutz voranzustellen**, wenn insgesamt mit Umwelt, Energie und Mobilität ein Ministerium der **Nachhaltigkeit** viel besser benannt wäre.

Denn wo wird der Ausgleich der Generationen und der Anspruch der Jugend besser erklärt als mit Nachhaltigkeit: „Die berechtigten Ansprüche der heutigen Zeit zu befriedigen, ohne die berechtigten Ansprüche der nachfolgenden Generationen zu verringern.“

Vollends geht dann Klimaschutz verloren, wenn Ziele nur für die Jahre 2030, 2035 und 2040 ff formuliert werden.

Dann ist die Ergänzung um Klimaschutz reiner **Etikettenschindel**.

**Hier muss mehr von der Koalition kommen, hier müssen Jahresziele gesetzt werden, hier muss der Erfolg festgeschrieben, kontrolliert und dokumentiert werden.**

Deshalb fordern wir FREIEN WÄHLER eine **Klimaschutzkommission - nicht zur Beratung, sondern zur Kontrolle des Fortschritts** aus Experten der Wissenschaft (Science for Future) den jungen Menschen von der Straße (Fridays for Future), der die jährlichen Erfolge auf dem Weg zur Klimaneutralität in Zahlen bestätigt und mit Brief und Siegel für die gesamte Gesellschaft feststellt.

Wir FREIEN WÄHLER nehmen die Ängste der Jugend ernst. Und es ist bezeichnend, wenn junge Leute eine Klimaliste zur Landtagswahl aufstellen.

**Kritisch sehen wir die profane Zielvorgabe der Verdoppelung der Windkraft und Verdreifachung der Photovoltaik.**

Damit wir uns nicht missverstehen: Die FREIEN WÄHLER begrüßen den Ausbau der regenerativen Energien. Aber dies nicht mit Verboten oder Vorschriften, sondern durch Anreize.

- Nehmen wir das Beispiel aus den Koalitionsvertrag: Ab 50 Stellplätze Parkplätze mit Photovoltaik zu überdachen.

**Das ist ein Eingriff ins grundgesetzlich geschützte Eigentum.**

**Verfassungsbeschwerden werden die Folge sein.**

Es bringt nichts, durch Eigentumseingriffe immer mehr Windräder und Solaranlagen zu verordnen, wenn das Speichermedium fehlt.

Der fehlende Speicher verteuert die erneuerbaren Energien und macht die Eigentumseingriffe **verfassungswidrig**, da dem Ziel die erforderlichen Mittel fehlen.

Gleiches gilt für das Näherrücken der Windräder auf die Hausbebauungen. Und dies in zweifacher Weise: erstens durch Verringerungen der Abstände auf 900 Meter und zweitens durch das Messen vom Mast und nicht der Rotorspitze, wo der Schall entsteht.

**Wir FREIEN WÄHLER stehen für eine ideologiefreie Energiewende. Anreize schaffen, die Menschen zu Beteiligten und nicht zu Befohlenen machen!**

- Solange hunderttausende von Dächern in Rheinland-Pfalz noch keine Solarzellen haben, braucht es im Pfälzer Wald kein einziges Windrad.
- 

Was haben denn die Regierungen seit Kurt Beck und Evelin Lemke in den letzten zehn Jahren getan. Definitiv zu wenig.

**Wir benötigen ein 100.000-Dächer-Programm, das Anlagen fördert, die mit Speicher die erzeugte Energie aufnehmen.**

Stellen Sie sich vor, in den 2300 Gemeinden von Rheinland-Pfalz gibt es überall solche Anlagen der Privathaushalte, die als **Batterien** miteinander vernetzt sind. Ich erzeuge und speichere und stelle den Strom auch den Nachbarn oder der Gemeinde für die Straßenbeleuchtung zur Verfügung.

Es entstehen durch die **Vernetzung der Speicher Schwarmbatterien** für jede Gemeinde. **Aus den Dörfern werden virtuelle Kraftwerke.**

Die **virtuellen Kraftwerke** werden durch künstliche Intelligenz gesteuert. Es entstehen neuronale Netzstrukturen. Wie in der Stadt Trier, in der die Ministerpräsidentin wohnt.

- Das ist nachhaltig. Und auf den Parkplätzen pflanzen wir besser Bäume, die eine Erhitzung unserer Städte verhindern.
- Das ist Klimaschutz und vor allem **nachhaltig**.
- Das ist ideologiefrei.

Wichtig ist, wir müssen das Ganze vom Kleinen her groß denken. Dann gelingt der Klimaschutz, dann gelingt die Nachhaltigkeit.

- Geothermie
- Wasserkraft
- Wasserstoff
- Power to Gas oder E-Brennstoffe

So ist das auch bei der **Mobilität**.

Nebenbei müssen Sie mir noch erklären, warum die Straßen von der Mobilität getrennt wurden. Staatsräson?

Da sind sie wieder meine Fragezeichen.

Nehmen wir den **ÖPNV**.

Wenn es ein Bürokratiengetüm der letzten fünf Jahre gibt, so ist das das **Nahverkehrsgesetz**. Die fehlende Bestimmung, was eigentlich Pflichtaufgabe ist, um dem Konnexitätsprinzip nicht nachkommen zu müssen.

- Die Entmachtung der Aufgabenträger bei gleichzeitiger Bürokratisierung der Strukturen. Das ist nicht Fisch, nicht Fleisch. Es ist einem Monstrum gleich.

**Wir FREIEN WÄHLER sind für das 365-Euro-Ticket -  
und zwar für ALLE und nicht nur für Schüler.**

Das wir es in Rheinland-Pfalz nur schwer finanzieren können, ist klar.

- Wir benötigen die Sektoren-Verknüpfung von Flugverkehr, Kfz und ÖPNV.
- Dort, wo CO<sub>2</sub> entsteht, muss der Geldfluss zur Finanzierung des ÖPNV beginnen: Aus der Flugverkehrssteuer bei Fliegen und der Energiesteuer (früher Mineralölsteuer) beim Kfz.

Damit wir uns klar verstehen: Ich spreche hier nicht von Steuererhöhungen, sondern der Weiterleitung von Mitteln. Über die Regionalisierungsmittel werden diese Gelder dann an die Länder weitergeleitet und finanzieren so Busse und Bahnen.

Ziel ist es, dass die Menschen sagen: Ja, wir können auf ein Auto verzichten. Dazu benötigen wir eine größere Netzdichte (auch im ländlichen Raum), eine Vernetzung mit festen Umsteigepunkten und Ticketpreise, die einen Umstieg möglich machen.

**Deshalb das 365-Euro-Ticket nicht nur für Schüler und Azubis, sondern auch für Erwachsene!**

Da die Schüler bis zum 10. Schuljahr sowieso kostenlos fahren, ist der Wirkungsgrad eines Schülertickets ohnehin gering.

Wenn es ein Lob für die Coronapolitik in Deutschland geben darf, dann sicher die Stützung des ÖPNV mit Milliardenhilfen.

Ansonsten sind wir FREIEN WÄHLER mit der **Coronapolitik** der Landes- und Bundesregierung nicht zufrieden.

Was auch für uns ganz klar und unverrückbar ist:

An erster Stelle stehen der **Schutz des Einzelnen** und die **Stabilität des Gesundheitssystems**.

So kann ich aus der Praxis sprechen, dass ich der erste Landrat und Chef eines Gesundheitsamtes in Deutschland war, der am 2. März 2020 alle Veranstaltungen abgesagt hat – zwei Wochen vor der Kanzlerin.

- Ich habe für Alltagsmasken geworben, als das RKI noch die Nutzlosigkeit vertrat.
- Im April 2020 habe ich die Testung aller Altenheime angeordnet - und sieben nicht auffällige, infizierte Personen wurden entdeckt.
- Im Juni 2020 habe ich der Gesundheitsministerin, der Bildungsministerin und der MP vorgeschlagen, die Tests auf Schulen auszuweiten, um Lehrern, Eltern, Schülern und allen die - vom Busfahrer bis zur Sekretärin - dort beschäftigt sind, Sicherheit zu geben.

Es hätte in Rheinland-Pfalz, in Deutschland **früher** und **mehr getestet** werden müssen und

es hätten mit **Masken** viele Geschäfte **früher öffnen** bzw. gar **nicht schließen** dürfen.

Und ich sage das auch im Hinblick auf den Herbst, wenn Zahlen ansteigen sollten:

**Geschäfte dürfen nicht mehr geschlossen werden!**

Der **Schaden**, der hier in der Wirtschaft angerichtet wurde, ist **enorm**.

Sicher haben Kurzarbeitergeld, Überbrückungshilfen gute Ansätze gebracht, aber sie waren zu bürokratisch und haben nicht alle erreicht.

Die unterschiedliche Absenkung der Mehrwertsteuersätze hat zu höheren Umstellungskosten geführt als sie wirklich genutzt hat.

Und die Aussetzung der Insolvenzpflicht wird uns erst in der Zukunft zeigen, wer wirklich überlebt.

Dann benötigten die Selbstständigen Steuerberater, um Hilfen zu beantragen.

Hier erzähle ich eine Geschichte aus der Praxis zu den November- und Dezemberhilfen:

Dame aus Prüm, mein Alter...

Auch in der Pandemie fühlen sich die Landwirte und Winzer benachteiligt: Für die leere Ferienwohnung oder den Rückgang beim Gemüseverkauf durch geschlossene Kantinen gab es oft keine Hilfen, da in den Mischbetrieben keine wirtschaftlich getrennten Betriebseinheiten gegeben sind – anders als bei vielen juristischen Personen.

Beispiel: Markus und Sabine Longen, vom Weingut Longen-Schlöder, ausgezeichnete Vinothek 2016, Architekturpreis 2013, die mit dem Weingut eine Gaststätte mit Vinothek und Ferienwohnungen führen.

Es wäre viel einfacher gewesen, die Maßnahmen über die Finanzämter zu steuern. Dort liegen alle Zahlen vor. Ich habe Finanzminister Scholz im April 2020 bereits angeschrieben, den Verlustrücktrag auf fünf Jahre auszuweiten, dann hätten die Unternehmen, die für den Wohlstand unseres Landes verantwortlich sind, das Geld zurückbekommen, was sie als Steuern in den letzten fünf Jahren eingezahlt hatten. Sie hätten nicht als Bittsteller auftreten müssen, sondern **ihr Geld** zurückbekommen.

Das große Dilemma liegt an zwei Dingen:

1. dem § 56 InfSG, der eine Regelungslücke enthält
2. der fehlenden Einsicht und dem fehlenden Willen der Politik

### **Zum Infektionsschutzgesetz**

Entschädigung erhält nach dem Infektionsschutzgesetz der Betrieb, der vom Gesundheitsamt wegen eines Infektionsgeschehens im Betrieb geschlossen wird.

Grund: Niemand soll sich dort infizieren.

Schließt der Staat – wie durch die Coronabekämpfungsverordnung geschehen den Betrieb, so wird dasselbe Ziel verfolgt: Niemand soll sich dort infizieren.

Regelungslücke: Dafür gibt es keine Entschädigung.

Die Schließung von Geschäften durch die Coronabekämpfungsverordnung ist ein **Eingriff des Staates in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb**.

Betriebe, die schließen, damit Infektionsketten unterbrochen werden, erbringen eine Leistung für uns alle, damit wir nicht krank werden.

Sie erbringen ein **Sonderopfer**. Denn während der Baumarkt Fahrräder und Blumen verkaufen konnte, waren der Fahrradhändler und der Blumenshop geschlossen.

Discounter verkauften Kleidung, Modehäuser wurden geschlossen.

Hier hat die Einsicht gefehlt, mit Masken und Hygienekonzepten die Läden offen zu halten – hier hat auch der Wille gefehlt, das Infektionsschutzgesetz analog anzuwenden oder die Regelungslücke zu schließen.

Ich habe am **4. Juli 2020 eine Petition** gestartet, um von Corona betroffene Selbstständige durch ein Entschädigungsgesetz zu ihrem Recht zu helfen.

Wir FREIEN WÄHLER werden dies zum Anlass nehmen, einen **entsprechenden Antrag** einzubringen.

Es ist schade, Frau Ministerpräsidentin, dass Ihnen der Mut gefehlt hat, als Sie trotz eigener Kritik, der **Bundesnotbremse** zustimmten und nicht gleichzeitig auf die Entschädigungsregelung von Unternehmern und Betrieben drängten.

**Das hätte für mich auch soziale Gerechtigkeit bedeutet!**

Was ich sonst von der Bundesnotbremse halte, ist durch die Verfassungsbeschwerde offenbar, die mein Kollege Wefelscheid und ich in Karlsruhe eingereicht haben:

Wo wir auf der einen Seite Coronaleugner haben, haben wir auf der anderen Seite Coronahysteriker, die uns sogar unsere Grundrechte beschneiden, ohne dass daraus ein Nutzen für andere entsteht.

Wenn ganze Landkreise in Sippenhaft genommen werden und die Ausgangssperre verhängt wird, weil ein Ausbruchsgeschehen in einem Ort den Inzidenzwert hochtreibt, dann werden Grundrechte zu Unrecht eingeschränkt.

Hier hätte ich mir von Ihnen, Frau Dreyer, anderes erwartet.

### **Das Grundgesetz steht nicht unter Pandemievorbehalt!**

Auch vom Bundesverfassungsgericht hätte ich mir eine schnellere Entscheidung in der Verfassungsbeschwerde um die Ausgangssperre erwartet.

### **Wie geht es weiter**

Vereine, Sport und Kultur, Busreisen, Volksfeste, Kirmes, Bars - wir brauchen für alle Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens Öffnungsperspektiven. Und das zeitnah mit den erforderlichen Hygienemaßnahmen.

Das Land muss raus aus Lethargie und Lockdown.

### **Und einen neuen Lockdown darf es so nicht geben!**

### **Kulturförderungsgesetz**

Gerade die Pandemie hat gezeigt, wie schwach der Bereich der Kultur geschützt ist. Es ist nicht nur der Bereich des Ehrenamts, sondern auch derjenigen, die ihr Geld mit Kultur verdienen.

Die FREIEN WÄHLER fordern hier ein Kulturförderungsgesetz.

Der Freistaat **Sachsen** hat Kultur als Staatsziel in der Landesverfassung verankert und hat Stadt und Land gleichermaßen im Blick. Das wird durch das **Kulturraumgesetz** sichergestellt, mithilfe dessen auch ländliche Kulturräume gefördert werden.

### **Größte Sorge – droht die Gesellschaft zu zerbrechen?**

Deutschland zeichnet sich besonders durch seinen **sozialen Frieden** aus. Dies ist auch ein Standortvorteil für Rheinland-Pfalz. Meine größte **Sorge ist, dass das Land zu zerbrechen droht.**

Ich sehe **drei** Bereiche der Bevölkerung, die unterschiedlich durch die Coronazeit gekommen sind.

1. Die, die wie wir jeden Monat ihr Geld weiter bekamen, sich finanziell keine Sorgen machen mussten. Die vielleicht, aufgrund der geringeren Verpflichtung und Termine, ein ruhigeres Jahr hatten.
2. Die, die in Kurzarbeit mussten. Immerhin, es wurde nachgebessert. Aber wer vom Mindestlohn Kurzarbeitergeld bekommt, und davon leben soll, ist nicht zu beneiden.

3. Und dann gibt es die, die ihre Läden geschlossen bekamen. Denen keine Hilfe zustand. Denen die Hilfen nicht ausreichten. Die sich anhören mussten: Du bist doch Unternehmer und musst als Selbstständiger Vorsorge für schlechte Zeiten treffen. Sicher, dass sollten sie. Aber wer konnte mit einer Pandemie rechnen. Das liegt außerhalb unserer Erfahrung und Erwartungen. Es gibt unter den Selbstständigen auch noch die, die wir Soloselbstständige nennen und so wenig verdienen, dass es ihnen überhaupt nicht möglich ist, Rücklagen zu bilden.

Auch sie verdienen unsere **Solidarität**. Denn dadurch, dass sie nicht arbeiteten, wurden Infektionsketten unterbrochen und blieben wir in Gruppe 1. und in Gruppe 2. stabil. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass die Selbstständigen und Soloselbstständigen wieder auf die Beine kommen.

Und ganz wichtig, dieses Ziel ist deshalb so bedeutsam, weil der **Zusammenhalt unserer Gesellschaft** damit verbunden ist.

Wie kommen wir wirtschaftlich aus der Coronakrise?

Im Koalitionsvertrag steht unter dem Schwerpunkt FDP die **Zukunft der Innenstädte**

Das ist auf Seite 13 recht mager, was ich lese: lokale Händler digital unterstützen, Handwerksbetriebe in die Innenstädte.

Im Jahre 2015 startete das Programm Lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte (**LEAP**). Hat es dazu eigentlich Anträge und vor allem Umsetzungen in Städten in RLP gegeben?

Gemerkt habe ich nichts davon.

Ich erinnere mich an meine Zeit als Bürgermeister:

In den Jahren 2003-2005 hatte das Innenministerium einen hervorragenden Prozess angestoßen: Werkstatt Innenstadt.

Je **drei Städte** in **drei verschiedenen Größenklassen** schaffen in einem moderierten und von Experten und **Praktikern** begleiteten Wettbewerb übertragbare Ansätze für lebendige Innenstädte.

Leider wurde dieses Modellprojekt nach dem ersten Durchgang beendet, obwohl die **Ergebnisse revolutionär** waren (ob zurück an den Rhein in Ludwigshafen, die Bipolarität der Handelsansiedlung oder der Innenstadtentwicklungsfond in Bad Dürkheim).

Damals hat man auch an alle Größenklassen der Stadt gedacht, vom Oberzentrum bis zur Kleinstadt.

Schade, dass die Landesregierung bei der Bewältigung erst nur für die Oberzentren 2,5 Millionen Euro zur Verfügung stellte, und die **Klein-** und **Mittelstädte** sich wieder als **Abgehängte** fühlten.

Wir FREIEN WÄHLER schlagen für die Wiederbelebung der Innenstädte, deren Nöte durch die Pandemie größer wurden und absehbare Entwicklungen sich beschleunigt haben, ein Maßnahmenbündel aus drei Säulen vor:

1. Stadt
2. Eigentümer
3. Pächter/Betreiber

1. Die Städte benötigen Investitionsmittel, um die Innenstädte im Sinne eines Innenstadtentwicklungsfonds unter Beteiligung der Eigentümer, Händler und Bewohner zu gemeinsamen Lösungen an den Tisch zu bekommen.
2. Die Eigentümer der Innenstadtimmobilien müssen zu Investitionen angehalten werden. Dazu sehen wir FREIEN WÄHLER weniger direkte Zuschüsse als die Sonderabschreibung analog eines besonderen Sanierungsgebietes als nützlich an. Eigentümer sollen nicht aus der Verpflichtung entlassen werden, selbst zu investieren. Wir wollen aber die Abschreibung auf kürzere Jahre ermöglichen. In Sanierungsgebieten geschieht das in elf Jahren anstatt den üblichen 50 Jahren.
3. Das Erlebnis Innenstadt muss für Familien ein Erlebnis bleiben. Dem Sonntagsverkauf hat das BVerfG enge Grenzen gesetzt. Aber mit der Coronakrise ist eine besondere Lage entstanden, die auch besondere Folgen verlangt.  
 Beispiel: Italien, wenn Sonntagmittag die ganze Familie durch die Altstadt flaniert. Beispiel: Echternach in Luxemburg.  
**Keine generelle Sonntagsöffnung für alle Geschäfte einer Stadt, sondern die Händler der abgrenzbaren Innenstadt.**  
 Nicht die Großfläche auf der grünen Wiese, sondern der Fachhandel in der Fußgängerzone.

Liebe Freunde von der FDP: Handwerksbetriebe in die Innenstadt?

Ehrlich? Ich rate Ihnen einmal mit der Kommunalpolitik, z.B. in Koblenz, zu sprechen, bevor solche Ziele in den Raum gestellt werden.

Ich lade Sie, Frau Staatsministerin Schmitt, in die Stadt Speicher ein. Dort plant ein Unternehmer auf einem alten Gewerbestandort einen nachhaltigen Handwerkerhof mit Arbeiten, Wohnen, Leben und Freizeit bis zum Schwimmbad. CO<sub>2</sub>-neutral, nachhaltig, modernes Leben für Handwerker als Entwicklungsstandort.

Das Projekt ist mehrdimensional, dass nicht in ein Ministerium passt. Vielmehr ist es die Schnittmenge aus Innen-, Wirtschaft-, Umwelt-, Transformationsministerium.

Also, auf nach Speicher!

**Biotechnologie** – ein guter Ansatz – wieso nur Mainz?

Unbestritten ist die Geschichte von BioNtech ein Erfolg, der uns alle in RLP stolz macht.

Forschung und Entwicklung finden aber nicht nur in Mainz statt, wie es im Koalitionsvertrag steht. Die MP hat gestern relativiert und weitere Universitäten und Hochschulen wie Koblenz, Trier und Bingen genannt.

Es geht bei Forschung und Entwicklung auch um ländliche Räume.

Wir haben in der Eifel die Vision „Greentech-Cluster Europe“ entwickelt.

Und das gemeinsam mit den Lebensmittel produzierenden Betrieben, Bauernschaft, der Bitburger Brauerei und auch Tesla in einem Beteiligungsprozess der örtlichen Akteure.

Forschung und Entwicklung dort, wo die Landwirtschaft sitzt, um hier ein weiteres Standbein in der Erzeugung und Veredlung von landwirtschaftlichen Produkten zu bekommen: Der Ersatz von Plastikstrohalmen durch natürliche Halme, Kaffeebecher aus Treber oder Algenproduktion

hochwertiger Eiweiße, die heute noch importiert werden und an den 50 Biogasanlagen mit Wärme und sauberem Wasser hergestellt sowie in den Veredlungsprozess gebracht werden können.

Die Zukunft von Biotech liegt nicht nur in den Laboren der Städte, sondern auch in der Provinz bei der landwirtschaftlichen Produktion. Und hier schließe ich Forstbetriebe und Winzer im ganzen Land mit ein.

## Gesundheitsversorgung

Schaut man sich den Koalitionsvertrag von 2016 an, so verschlechtert sich die Situation für den ländlichen Raum: Während im alten KV noch **wohntnah** stand, ist dieses bedeutende Adjektiv im neuen Vertrag auf S. 112 gestrichen.

Da wirkt die Aussage auf S. 113 „Gute Versorgung für alle“ doch wie ein Hohn.

Auch der Hinweis auf die Krankenhäuser (S. 114): Während im alten KV noch Investitionen für alle Krankenhäuser standen, heißt es heute „vorrangig unverzichtbare Standorte“.

Die Menschen interessiert, welches die vorrangigen sind und welche von **Ihnen** als Regierung **abgeschrieben** werden.

Für uns FREIE WÄHLER sind **alle wohnortnahen** Krankenhäuser relevant.

Schaut man sich die Seiten 112-117 der Gesundheitsversorgung an, so sind die Verben bemerkenswert:

„werden entwickeln“, „werben“, „wollen verbessern“, „beobachten“, wollen abwenden“, „wollen schaffen“, „wollen ausbauen“, „wollen fortsetzen“, „wollen Beratung verbessern“, „wirken wir darauf hin“ bis zu „wollen uns ...einsetzen, dass eine Anpassung...umgesetzt wird“.

Die vagen Verben finden sich durchgängig im Koalitionsvertrag, so auch bei der Landwirtschaft: „Wir behalten im Blick, wir passen an, wir optimieren, wir stärken, wir prüfen, wir fördern, wir aktualisieren, wir beraten, wir entwickeln weiter, wir richten unser Augenmerk auf, ...“

**Wenn der Bereich Gesundheit so gut gelaufen ist, wie man vorgibt, warum wurden dann die Gesundheitsministerin und der Staatssekretär und Landesimpfkoordinator ausgetauscht?**

## Landwirtschaft

Alleingelassen von der Landespolitik fühlen sich die Landwirte.

Immer mehr geben die Viehhaltung auf. Bäuerliche Familienbetriebe schwinden.

Dabei ist der Familienbetrieb Klimaschutz an erster Stelle.

Wollen wir Fleischimporte aus Südamerika oder China?

In China entstehen Sauenställe für 80.000 Sauen in vier Stockwerken mit einer Ferkelproduktion von 1,5 Millionen Schweinen.

Landwirtschaft braucht einen Anwalt.

Wir FREIEN WÄHLER sind der Anwalt von Landwirten und Winzern sowie dem Forst.

Dabei spielt die öffentliche Meinung eine große Rolle, wie junge Landwirte sich fühlen.

Wir benötigen eine Imagekampagne pro Landwirtschaft.

Der Wein hat es hervorragend geschafft, ein Image zu bilden, sodass es den Jungen wieder Freude bereitet, Wein an- und auszubauen.  
Das müssen wir auch für die Landwirtschaft erreichen.

**Ich erwarte von der Landesregierung einen Lösungsvorschlag zur Rettung der bäuerlichen Familienbetriebe!**

**Landesentwicklung**

Schaue ich mir die Ideen der Koalition zur Landesentwicklung an, sehe ich ein großes Nichts. Keine Vision, keine Idee, keine Vorstellung von der Zukunft des Landes. Das bricht einem langjährigen Mitglied der Planungsgemeinschaft das Herz. Die einzige Aussage: „Wir beginnen in dieser Legislaturperiode mit der Aufstellung des LEP V.“  
Deshalb ist auch die Kommunal- und Verwaltungsreform in RLP kein großer Wurf.

Weil keine Ideen zur Funktion der verschiedenen Ebenen von Verwaltung in Staat, Stadt und Land vorhanden sind.

Wir haben in unserem Landkreis über einen mehrjährigen Beteiligungsprozess beispielsweise ein **Kooperationsraummodell** entwickelt, das einen Kontrapunkt zur hierarchisch gegliederten Zentrenstruktur von Oberzentrum, Mittelzentrum und Grundzentrum setzt - ohne sie zu verleugnen.

**Wir könnten aus den Städten und Kreisen Motoren der Regionalentwicklung machen.**

Dazu müsste man aber wissen, wo man hin will.

Wenn man es nicht weiß, gründet man eine Stabsstelle (für Lärm), einen Zukunftsrat (für nachhaltige Entwicklung), bestellt einen Transformationsrat oder den Koordinator für Biotechnologie und richtet Agenturen oder Zentren ein (Transformationsagentur, Innovationsagentur, Gigabit-Kompetenzzentrum).

Wozu gibt es Minister und Staatssekretäre und Ministerien?

Da sind sie wieder meine Fragezeichen des Aufbruchs und der Zukunftschancen.

Und so schließe ich mit der Feststellung:

**Uns fehlt beim A-Z Ihre eigene Vision für Rheinland-Pfalz!**